




Geschäftsordnung für den Vorstand der Infineon Technologies AG

Fassung August 2020




§ 1 Allgemeines

- (1) Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei dem Unternehmensinteresse und der nachhaltigen und langfristigen Entwicklung der Gesellschaft verpflichtet.
- (2) Die Vorstandsmitglieder führen die Geschäfte der Gesellschaft unter Beachtung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung, dieser Geschäftsordnung, des Geschäftsverteilungsplans sowie ihrer Anstellungsverträge. Sie orientieren sich zudem an den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nicht in der Entsprechenserklärung Abweichungen erklärt werden. Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der internen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung im Unternehmen hin (Compliance).
- (3) Der Vorstand soll bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen auf Vielfalt (Diversität) achten und dabei insbesondere eine angemessene, seiner Zielsetzung entsprechende Berücksichtigung von Frauen anstreben.

§ 2 Geschäftsführung einzelner Mitglieder des Vorstands

- (1) Die Aufgabenbereiche der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Geschäftsverteilungsplan. Jedes Vorstandsmitglied ist im Rahmen des ihm durch den Geschäftsverteilungsplan zugewiesenen Aufgabenbereichs allein geschäftsführungsbefugt. Eine Einzelvertretungsbefugnis wird dadurch nicht begründet. Unbeschadet der Geschäftsverteilung bleibt jedes Vorstandsmitglied für die Geschäftsführung im Ganzen verantwortlich.
- (2) Der Vorstandsvorsitzende ist laufend über alle wesentlichen Angelegenheiten aus den Aufgabenbereichen der übrigen Vorstandsmitglieder zu unterrichten. Er kann jederzeit Auskunft über einzelne Angelegenheiten aus den Aufgabenbereichen der übrigen Vorstandsmitglieder verlangen.
- (3) Soweit Maßnahmen und Geschäfte eines Aufgabenbereichs zugleich einen oder mehrere andere Aufgabenbereiche betreffen, muss sich das Vorstandsmitglied zuvor mit dem oder den anderen beteiligten Vorstandsmitglied(ern) abstimmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist jedes beteiligte Vorstandsmitglied verpflichtet, eine Beschlussfassung des Gesamtvorstands herbeizuführen. In diesem Falle hat die Maßnahme bis zur Entscheidung des Gesamtvorstands zu unterbleiben, soweit nicht eine sofortige Maßnahme nach pflichtgemäßem Ermessen zur Vermeidung drohender schwerer



Nachteile für die Gesellschaft erforderlich ist. Über ein solches selbständiges Handeln ist der Vorstandsvorsitzende sofort und der Gesamtvorstand in der nächsten Sitzung zu unterrichten.

- (4) Die Vorstandsmitglieder arbeiten kollegial zusammen. Sie unterrichten sich gegenseitig laufend über wichtige Maßnahmen und Vorgänge in ihren Aufgabenbereichen. Jedes Vorstandsmitglied ist verpflichtet, bei Bedenken gegen Maßnahmen aus einem anderen Aufgabenbereich eine Beschlussfassung des Gesamtvorstands herbeizuführen, wenn die Bedenken nicht durch eine Aussprache mit dem anderen Vorstandsmitglied behoben werden können.
- (5) Maßnahmen und Geschäfte, die für die Gesellschaft von außergewöhnlicher Bedeutung sind oder mit denen ein außergewöhnliches wirtschaftliches Risiko verbunden ist, bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Abs. 3 Satz 3 und 4 gelten entsprechend.

§ 3 Entscheidungen des Gesamtvorstandes

- (1) Unbeschadet der Regelung in § 2 entscheidet der Vorstand in seiner Gesamtheit
 - a) in Angelegenheiten, für die das Gesetz, die Satzung oder diese Geschäftsordnung eine Entscheidung durch den Gesamtvorstand vorsehen,
 - b) in Angelegenheiten, in denen nach Gesetz, Satzung oder dieser Geschäftsordnung die Zustimmung des Aufsichtsrats oder der Hauptversammlung einzuholen ist oder die dem Aufsichtsrat oder der Hauptversammlung vorzulegen sind,
 - c) über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht, den Gewinnverwendungsvorschlag und die nichtfinanzielle Erklärung bzw. den nichtfinanziellen Bericht,
 - d) über grundsätzliche Fragen der Organisation, der Geschäftspolitik und Unternehmensstrategie sowie der Investitions- und Finanzplanung der Gesellschaft,
 - e) über die Einberufung der Hauptversammlung und über Anträge und Vorschläge des Vorstands zur Beschlussfassung durch die Hauptversammlung,
 - f) über alle Angelegenheiten, die nicht durch die Geschäftsverteilung dem Geschäftsbereich eines Vorstandsmitglieds zugewiesen sind,
 - g) über alle Angelegenheiten, die dem Vorstand durch den

Vorstandsvorsitzenden oder ein Mitglied des Vorstands zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Dem Vorstand steht es frei, auf Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden durch einstimmigen Beschluss allgemein oder für den Einzelfall weitere Angelegenheiten zu bestimmen, die vom Gesamtvorstand entschieden werden; einer Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf es hierzu nicht.

- (2) Der Gesamtvorstand kann einzelne Vorstandsmitglieder mit der Durchführung der Beschlüsse und mit der Ausführung von Maßnahmen beauftragen, die dem Gesamtvorstand obliegen, oder Vorstandsausschüsse hierfür bilden.

§ 4 Vorstandsvorsitzender

- (1) Der Vorstandsvorsitzende bestimmt im Rahmen dieser Geschäftsordnung und des Geschäftsverteilungsplans, auf welchem Gebiet und in welcher Weise eine Zusammenarbeit mehrerer Vorstandsmitglieder stattfinden soll. Er regelt die Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder, insbesondere bei Überschneidungen von Aufgabenbereichen. Der Vorstandsvorsitzende bestimmt, welche Angelegenheiten ihm zur vorherigen Erörterung vorzulegen sind.
- (2) Der Vorstandsvorsitzende kann gegen Geschäftsführungsmaßnahmen von Vorstandsmitgliedern Widerspruch einlegen. Macht der Vorstandsvorsitzende von diesem Widerspruchsrecht Gebrauch, muss die Geschäftsführungsmaßnahme unterbleiben, bis der Gesamtvorstand über die Maßnahme entschieden hat.
- (3) Der Vorstandsvorsitzende repräsentiert den Vorstand und die Gesellschaft gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere gegenüber Behörden, Verbänden, Wirtschaftsorganisationen und Medien. Er kann diese Aufgaben für bestimmte Arten von Angelegenheiten oder im Einzelfall auf ein anderes Vorstandsmitglied übertragen.
- (4) Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Aufsichtsrat. Er hält mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, Planung, Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Konzerns sowie wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind.




§ 5 Geschäftsverteilungsplan

- (1) Der Geschäftsverteilungsplan wird vom Vorstandsvorsitzenden unter Berücksichtigung der Anstellungsverträge der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgeschlagen.
- (2) Erlass, Änderung oder Aufhebung des Geschäftsverteilungsplans erfordern einen einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstands. Kommt ein einstimmiger Beschluss nicht zustande, hat der Vorstandsvorsitzende den Aufsichtsrat zu ersuchen, die Geschäftsverteilung zu regeln.
- (3) Der Geschäftsverteilungsplan ist unverzüglich nach der Beschlussfassung durch den Gesamtvorstand zusammen mit der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorzulegen. Gleiches gilt für die Änderung des Geschäftsverteilungsplans.


§ 6 Einberufung von Sitzungen; Beschlussfassung

- (1) Vorstandssitzungen werden durch den Vorstandsvorsitzenden unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer den Umständen nach angemessenen Frist einberufen und geleitet.
- (2) Vorstandssitzungen sollen in regelmäßigen Abständen stattfinden. Sitzungen sind einzuberufen, wenn der Vorstandsvorsitzende es für erforderlich hält oder wenn es der Aufsichtsrat oder ein Vorstandsmitglied unter Angabe der zu behandelnden Gegenstände verlangt.
- (3) Der Vorstandsvorsitzende leitet die Sitzungen. Er bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung behandelt werden, und die Art und Abfolge der Abstimmungen. Der Vorstandsvorsitzende kann bestimmen, dass Dritte zu Beratungen über einzelne Gegenstände zugezogen werden. Sofern Dritte an Vorstandssitzungen teilnehmen, die nicht von Berufs wegen oder aufgrund einer Vereinbarung mit der Gesellschaft oder einem ihrer verbundenen Unternehmen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, ist grundsätzlich eine gesonderte Verschwiegenheitserklärung einzuholen. Der Vorstandsvorsitzende kann nach pflichtgemäßem Ermessen eine einberufene Sitzung aufheben oder verlegen oder die Behandlung einzelner Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung vertagen.
- (4) Beschlüsse des Vorstands werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Die Sitzungen des Vorstands können auch mithilfe elektronischer Kommunikationsmittel (z.B. in Form einer Telefon- oder Videokonferenz)



abgehalten werden. Einzelne Vorstandsmitglieder können mithilfe elektronischer Kommunikationsmittel (z.B. im Wege der Telefon- oder Videoübertragung) zugeschaltet werden. Eine Beschlussfassung des Vorstands kann mit Einverständnis des Vorstandsvorsitzenden aber auch außerhalb von Sitzungen, entweder in schriftlicher Form im Umlaufverfahren oder durch schriftlich, elektronisch, telefonisch oder mündlich an den Vorstandsvorsitzenden übermittelte Stimmabgaben erfolgen. Ein Widerspruch hiergegen ist nicht zulässig. Telefonisch oder mündlich übermittelte Stimmabgaben sind durch das Vorstandsmitglied schriftlich oder elektronisch zu bestätigen; der Beschluss kommt aber bereits mit der telefonisch bzw. mündlich übermittelten Stimmabgabe zustande.

- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt. Jede Form der Stimmabgabe – auch die Stimmenthaltung – gilt dabei als Teilnahme an der Beschlussfassung.
- (6) Bei Sitzungen abwesende Vorstandsmitglieder können auch dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie ihre Stimme gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden schriftlich, elektronisch, telefonisch oder mündlich abgeben oder nachträglich innerhalb von zwei Wochen die Beschlussfassung genehmigen. Telefonisch oder mündlich übermittelte Stimmabgaben sind durch das Vorstandsmitglied schriftlich oder elektronisch zu bestätigen; der Beschluss kommt aber bereits mit der telefonisch bzw. mündlich übermittelten Stimmabgabe zustande.
- (7) Der Vorstand beschließt, soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Vorschriften, aus der Satzung oder aus dieser Geschäftsordnung etwas Anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder.
- (8) Über in den Aufgabenbereich eines abwesenden Vorstandsmitglieds fallende Angelegenheiten darf nur in dringenden Fällen oder mit dessen vorheriger Zustimmung beraten und entschieden werden. Dem Abwesenden ist über das Ergebnis der Beschlussfassung unverzüglich in geeigneter Weise zu berichten. Findet das Ergebnis der Beschlussfassung nicht die Zustimmung des abwesenden Vorstandsmitglieds, so hat dieses unverzüglich gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden zu widersprechen. Über den Gegenstand der Beschlussfassung ist sodann in der nächsten Sitzung aufgrund des schriftlich oder mündlich begründeten Widerspruchs erneut zu beraten und abschließend zu entscheiden.
- (9) Über die Sitzungen und Beschlüsse des Vorstands sind Niederschriften anzufertigen; die Beschlüsse sind vom Vorstandsvorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied und die Sitzungsniederschriften außerdem vom Protokollführer zu unterzeichnen. Jedem Vorstandsmitglied ist eine Abschrift zuzuleiten. In der Niederschrift über eine Sitzung sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche



Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Vorstands anzugeben. Jedes Vorstandsmitglied hat das Recht, die Protokollierung seiner Stimmabgabe zu verlangen. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn kein Vorstandsmitglied dieser zu Beginn der nächsten Sitzung nach Zugang der Niederschrift widerspricht. Abweichend von Satz 1 gilt bei Beschlüssen in schriftlicher Form im Umlaufverfahren der Beschlusstext als Niederschrift; er ist von den dem Beschluss zustimmenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

§ 7 Ausschüsse

- (1) Der Vorstand kann insbesondere zur Durchführung von Prüfungen und zur Vorbereitung sowie Durchführung von Vorstandsbeschlüssen Vorstandsausschüsse bilden. Die Bildung von Vorstandsausschüssen beschließt der Gesamtvorstand auf Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden.
- (2) Vorstandsausschüsse können sich eine Geschäftsordnung geben, die im Rahmen der ihnen vom Vorstand erteilten Ermächtigung die näheren Einzelheiten ihrer Tätigkeit regelt. Im Übrigen gelten für die Sitzungen und Beschlüsse der Vorstandsausschüsse die Regelungen in § 6 entsprechend.

§ 8 Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat

- (1) Die Verpflichtung zur Berichterstattung an den Aufsichtsrat über die in § 90 Aktiengesetz genannten Gegenstände obliegt dem Gesamtvorstand unter Federführung des Vorstandsvorsitzenden. Die Vorstandsberichte sind in aller Regel schriftlich oder in elektronischer Form vorzulegen, wenn nicht im Einzelfall wegen der Dringlichkeit mündliche Berichterstattung genügt oder geboten ist.
- (2) Neben der Berichterstattung gemäß Abs. 1 hat der Vorstandsvorsitzende den Aufsichtsratsvorsitzenden regelmäßig über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens einschließlich der verbundenen Unternehmen mündlich und, wenn dieser es wünscht, auch schriftlich oder in elektronischer Form zu unterrichten. Alle Vorstandsmitglieder haben den Vorstandsvorsitzenden bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen.
- (3) In allen Angelegenheiten, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, hat der Vorstandsvorsitzende dem Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich mündlich, schriftlich oder in elektronischer Form Bericht zu erstatten.

- (4) Berichte und Beschlussvorschläge von Vorstandsmitgliedern an den Aufsichtsrat sind dem Vorstandsvorsitzenden mit der Bitte um Weiterleitung vorzulegen.

§ 9 Zustimmungspflichtige Geschäfte

- (1) Folgende Geschäfte (einschließlich der Zustimmung zu entsprechenden Maßnahmen von Konzerngesellschaften) dürfen vom Vorstand nur mit Zustimmung des Plenums des Aufsichtsrats vorgenommen werden:

- a) Festlegung des jährlichen Investitionsgesamtbudgets basierend auf der konzernweiten Finanz- und Investitionsplanung sowie unterjährige Überschreitungen des Investitionsgesamtbudgets; keiner erneuten Zustimmung des Aufsichtsrats nach dieser lit. a) bedürfen jedoch

- Überschreitungen des Investitionsgesamtbudgets um bis zu 5%, wenn diese ausschließlich auf Wechselkurseffekten beruhen;
- Überschreitungen der Teil-Investitionsbudgets um jeweils bis zu 15%, solange das Investitionsgesamtbudget eingehalten wird.

Finanzinvestitionen, die der strategischen Beteiligung an anderen Unternehmen dienen, sind nicht Teil der Finanz- und Investitionsplanung im Sinne dieser lit. a) und daher nur nach Maßgabe der lit. b) bis d) zustimmungspflichtig.


- b) Festlegung einer Konzernverschuldungsgrenze (über eine bereits vom Aufsichtsrat freigegebene Konzernverschuldungsgrenze muss nur erneut Beschluss gefasst werden, wenn diese geändert werden soll);
- c) Erwerb, Veräußerung und Umwandlung von Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Unternehmensteilen,
- soweit der Kaufpreis oder der Unternehmenswert (*Enterprise Value*) des/der zu erwerbenden, zu veräußernden oder umzuwandelnden Gegenstandes/Gegenstände zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (*Signing*) bzw. der Umwandlung den Betrag von 100 Millionen Euro übersteigt, oder
 - sofern die Transaktion unabhängig von der genannten Betragsgrenze für die Gesellschaft von außergewöhnlicher Bedeutung ist oder mit ihr ein geschäftsunübliches wirtschaftliches oder rechtliches Risiko verbunden ist;

konzerninterne Maßnahmen sind ausgenommen; im Zustimmungsbeschluss sind mit der Transaktion im Zusammenhang stehende Themen, insbesondere die Finanzierung, zu berücksichtigen;

- d) Beteiligung an Joint Ventures und Zusammenschluss von Unternehmen und Unternehmensteilen,
- soweit der Barwert oder der Unternehmenswert (*Enterprise Value*) der von Infineon zu erbringenden Einlage oder eingebrachten Unternehmen/Unternehmensteile zum Zeitpunkt der Beteiligung bzw. des Zusammenschlusses (*Signing*) den Betrag von 100 Millionen Euro übersteigt, oder
 - sofern die Transaktion unabhängig von der genannten Betragsgrenze für die Gesellschaft von außergewöhnlicher Bedeutung ist oder mit ihr ein geschäftsunübliches wirtschaftliches oder rechtliches Risiko verbunden ist;


konzerninterne Maßnahmen sind ausgenommen;

- e) Sachinvestitionen, die einen Betrag von 10% des jährlichen Investitionsbudgets, mindestens aber einen Betrag von 60 Millionen Euro, im Einzelfall übersteigen, unabhängig davon, ob die Maßnahme in der Finanz- und Investitionsplanung betragsmäßig bereits enthalten ist; ist eine Sachinvestition Teil eines größeren Investitionsprojekts, so ist für die Betragsgrenze nicht die Einzelinvestition, sondern der Gesamtbetrag des Investitionsprojekts maßgeblich;
- f) Auflegung von Programmen zum Aktienrückkauf und zum Rückkauf von Verschuldungsinstrumenten, sofern diese eine Eigenkapitalkomponente aufweisen;
- g) Übernahme von Bürgschaften oder Garantien oder Bestellung von Sicherheiten, jeweils für Verbindlichkeiten von konzernfremden Dritten, sowie die Gewährung von Darlehen an solche Dritte, soweit der Einzel- oder Gesamtbetrag der vorgenannten Maßnahmen gegenüber einem Dritten 200 Millionen Euro überschreitet.
- (2) Des Weiteren ist in den Fällen des § 9 Abs. 2 lit. g) bis j) und lit. p) der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat die Zustimmung des Investitions-, Finanz- und Prüfungsausschusses erforderlich:
- a) Beschlüsse des Vorstands über eine Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital einschließlich der Zustimmung zu Beschlüssen über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre;

- 
- b) Beschlüsse des Vorstands zur Ausnutzung einer durch die Hauptversammlung eingeräumten Ermächtigung über die Ausgabe von Options- oder Wandelschuldverschreibungen und des damit verbundenen bedingten Kapitals einschließlich der Zustimmung zu Beschlüssen über den Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre;
- c) vorbehaltlich der vom Aufsichtsrat nach § 12 Abs. 1 lit. b) der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegten Konzernverschuldungsgrenze Verschuldungsmaßnahmen (einschließlich der Vereinbarung von Kreditlinien), deren Nominalbetrag im Einzelfall 1,2 Milliarden Euro übersteigt; keiner Zustimmung bedürfen aber
- konzerninterne Verschuldungsmaßnahmen;
 - vorbehaltlich lit. b) sämtliche weiteren Verschuldungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Rückführung bzw. Ablösung der Cypress-Akquisitionsfinanzierung i.H.v. 6,9 Milliarden Euro; dies umfasst insbesondere Anpassungen der Akquisitionsfinanzierung (etwa Änderungen von Laufzeiten einzelner Tranchen) sowie Refinanzierungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Aufnahme von Krediten oder die Begebung von Fremdkapitalinstrumenten an öffentlichen oder privaten Märkten, unter anderem Anleihen, Schuldscheine oder sonstige Privatplatzierungen, jeweils zu marktüblichen Bedingungen und Laufzeiten und sofern diese entweder in der Konzernberichtswährung Euro erfolgen oder etwaige Wechselkursrisiken adäquat gesichert sind.

Über Verschuldungsmaßnahmen, die nach dieser lit. c) keiner Zustimmung bedürfen, aber die Standards der üblichen Geschäftstätigkeit überschreiten, hat der Vorstand sowohl den Finanz- und Prüfungsausschuss als auch das Aufsichtsratsplenum zeitnah zu informieren, in der Regel anlässlich der regulären Sitzung im nächstfolgenden Quartal; ausgenommen von dieser Informationspflicht sind konzerninterne Verschuldungsmaßnahmen.

- d) sonstige Finanzmaßnahmen, soweit deren Wert im Einzelfall den Betrag von 600 Millionen Euro überschreitet; keiner Zustimmung bedürfen aber
- konzerninterne Finanzmaßnahmen;
 - sämtliche Finanzmaßnahmen, die der Steuerung der Liquidität im Rahmen der geltenden Anlage-Richtlinien gemäß der Group Treasury Policy dienen;
 - sämtliche Finanzmaßnahmen, die der Absicherung der geschäftsüblichen Finanzrisiken, insbesondere des Zins- und des Währungsrisikos dienen, soweit diese Maßnahmen nicht spekulativer




Natur sind. Spekulativer Natur sind Maßnahmen, denen kein operatives Geschäft der Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft zugrunde liegt, d.h. die nicht dazu dienen, ein anderweitig geschäftlich begründetes Risiko abzusichern;

- sämtliche Finanzmaßnahmen, die im Zusammenhang mit einer nach lit. c) zustimmungsfreien Verschuldungsmaßnahme stehen;
- e) Geschäfte mit nahestehenden Personen gemäß § 111b Aktiengesetz.

§ 10 Interessenskonflikte

- (1) Die Vorstandsmitglieder sind ausschließlich dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Kein Vorstandsmitglied darf bei seiner Entscheidung persönliche Interessen verfolgen oder Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen.
- (2) Jedes Vorstandsmitglied wird bestehende oder absehbare Konflikte zwischen seinen persönlichen Interessen oder den Interessen ihm nahestehender Personen oder Unternehmen einerseits und den Interessen des Infineon-Konzerns andererseits dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenlegen und die anderen Vorstandsmitglieder hierüber informieren.
- (3) Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere von Aufsichtsratsmandaten außerhalb des Unternehmens, bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats.
- (4) Die Vorstandsmitglieder haben Geschäfte, die sie mit ihnen nahestehenden Personen im Sinne der §§ 111a ff. Aktiengesetz (z.B. der Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft) abschließen, vor deren Abschluss gegenüber dem General Counsel der Gesellschaft offen zu legen.



§ 11 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 6. August 2020 in Kraft.

Etwaige nachfolgende Änderungen werden mit ihrer jeweiligen Beschlussfassung oder dem im Änderungsbeschluss genannten Zeitpunkt wirksam.

* * *